

# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

(mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.  
Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Illustrirtes Sonntagsblatt, Mode und Heim,  
Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,  
1 Mark 20 Pf. durch den Gerumträger,  
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 199.

Freitag den 26. August.

1898.

Für den Monat September werden noch Abonnements auf den

„Merseburger Correspondent“, zum Preise von 40 Pfg. resp. 42 Pfg. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegengenommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

## Der Hausbesitzer-Verband und die Feuer-Versicherung.

Dem Verbandstage der städtischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine, der kürzlich in Wiesbaden stattfand, lag auch ein Antrag des Hausbesitzervereins in Prenzlau vor, der folgendenmaßen lautet: „Der Verbandstage möge 1) Vergünstigungen für die Verbandmitglieder in Feuerversicherungs-Angelegenheiten, analog dem Abkommen bezüglich der Haftpflichtversicherung, zu erwirken suchen und, falls dies an der Ringbildung der Feuerversicherungsgesellschaften scheitern sollte, insofern dem Dinge alle Leistungsfähigen Gesellschaften angehören sollten, 2) die Begründung einer eigenen Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit im Centralverbande, ähnlich der Leipziger und Hamburger Haftpflichtversicherung, anregen und, falls dieses nicht ausführbar, 3) eine Petition an den Reichstag richten bezügl. der Verstaatlichung des gesamten Feuerversicherungswesens.“ Der Antrag wurde vom Verbandstage zwar nicht angenommen, aber auch nicht abgelehnt, es wurde vielmehr beschlossen: „Der Vorstand des Verbandes möge den Antrag des Prenzlauer Vereins prüfen und dem nächsten Verbandstage concrete Vorschläge machen.“ Der Antrag des Vereins zu Prenzlau besteht eigentlich aus zwei Anträgen, deren einer den anderen überflüssig macht. Wenn A. B. eine Verstaatlichung des ganzen Feuerversicherungswesens stattfinden soll, so haben die Begründung einer eigenen Versicherung auf Gegenseitigkeit oder Verhandlungen wegen Vergünstigungen mit den bestehenden Gesellschaften nicht den geringsten Zweck. Aber auch davon abgesehen, zeigen die Anträge, daß ihre Urheber sich das, was sie verlangen, sehr wenig überlegt haben. Was zunächst die Vergünstigungen für die Verbandmitglieder anbetrifft, so darf man nicht übersehen, daß heute bereits alle Immobilien versichert sind. In großen Theilen Deutschlands besteht für Immobilien Zwangsversicherung bei öffentlichen Instituten, Feuer- und Brandversicherungsanstalten und wie sie sonst heißen mögen. Wo den Hausbesitzern die Versicherung freigegeben ist, werden sie schon durch das eigene Interesse veranlaßt, ihre Gebäude zu versichern und wenn sie das eigene Interesse verkennen wollten, so würden die Hypothekengläubiger dafür Sorge tragen. Ohne Versicherung gibt es keine Hypothek auf ein Grundstück. Die Feuerversicherungsgesellschaften haben als Gesamtheit oder als „Kong“, wie der Antrag sagt, gar keinen Grund dazu, den Mitgliedern des Verbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine Vergünstigungen zu gewähren, ja nicht einmal ein Recht dazu, weil sie dadurch die übrigen Versicherten benachteiligen würden. Selbst wenn ein Verein geneigt wäre, dem Bunsche zu entsprechen, so würde er gar nicht im Stande sein, es auszuführen, weil er in kleineren Städten, in denen vielleicht die Mehrheit der Hausbesitzer dem Verbandsangehörig, ein so großes Risiko nicht übernehmen könnte. Uebrigens sind die Prämien für Immobilien in Städten, wenn nur für große Versicherungsgesellschaften, heute schon so gering, daß eine Ermäßigung kaum noch eintreten kann. Mit den Ermäßigungen bei der Haftpflichtversicherung sind Ermäßigungen bei der Feuerversicherung,

namentlich bei der Feuerversicherung von Immobilien, gar nicht zu vergleichen. Die Begründung einer eigenen Gesellschaft kann ja der Verband versuchen; ob seine Mitglieder sich dabei besser stellen würden, als jetzt, ist sehr zweifelhaft; ein öffentliches Interesse aber, einem solchen Vorhaben entgegenzutreten, liegt nicht vor. Zunächst würde der Verband freilich dafür sorgen müssen, daß der Zwang zur Versicherung bei den oben erwähnten öffentlichen Anstalten beseitigt würde; andernfalls könnte nur ein Theil, vielleicht nur ein kleiner Theil der Verbandmitglieder von der geplanten Einrichtung Gebrauch machen. Ueber die Verstaatlichung des gesamten Feuerversicherungswesens braucht nicht viel gesagt zu werden. Der Ruf nach Verstaatlichung wird heutzutage häufig in Interessententreiben laut, wenn man unzufrieden ist, aber nicht weiß, was man thun soll, um die Gründe zur Unzufriedenheit zu beseitigen. Gätten die Hausbesitzervereine die staatliche Zwangsversicherung, so würden sie und jedenfalls mit viel mehr Recht, noch viel unzufriedener sein, als sie es heute sind, und sehr bald die Entstaatlichung der Feuerversicherung verlangen.

## Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn.** Die neuen österreichisch-ungarischen Ministerconferenzen in Sachen des Ausgleichs haben am Mittwoch in Budapest begonnen. Der österreichische Ministerpräsident Graf Thun, der Finanzminister Raizl und der Handelsminister Dr. Wernleitner traten bezügl. Fortsetzung der Ausgleichsverhandlungen in Budapest ein. Für die Ausgleichs-Conferenzen sind drei Tage anberaumt. Wenn möglich, werden beide Ministerpräsidenten am Sonnabend in Wien dem Monarchen Bericht erstatten. Die ungarische Regierung trat am Dienstag zu einem Ministerrath zusammen, um ihren Standpunkt zu präzisieren. Es wird abermals verüfert, Graf Thun werde beim Kaiser seine Entlassung nachsuchen, falls er bei Ungarn nicht günstige Ausgleichsvorlagen erziele. Der „Köln. Zig.“ wird dagegen „von zuverlässiger Seite“ aus Budapest berichtet, daß bezüglich der rechtlichen Form des vorläufigen Ausgleichsvereinbommens zwischen beiden Regierungen noch in Hülfe ein Einvernehmen erzielt wurde. Bei den Conferenzen werde es sich hauptsächlich darum handeln, welche Bestimmungen der Bodenmischen Ausgleichsvorlagen schon jetzt in Kraft treten sollen und auf welche Art die neue Quote festzustellen wird, falls Graf Thun den Reichstag nicht einberufen wollte. Die ungarische Regierung bietet alles auf, damit die in Bodenmischen Ausgleich teilweise beseitigte ungerechte Einbezugart der Verzugssteuer, aus der sie für Ungarn jährlich einen Schaden von 1 Million berechnet, im nächsten Jahre unter allen Umständen aufhöre. Seitens der ungarischen Regierung nehmen der Ministerpräsident Baron Banffy, der Finanzminister Dr. v. Lutzsch, der Handelsminister Graf von Daniel und der Ackerbauminister Dr. von Daranyi an den Beratungen Theil.

**England.** In der chinesischen Frage scheint es nunmehr ausgemachte Sache zu sein, daß in Verhandlungen zwischen England und Rußland eine Verständigung gesucht werden soll. Der neue englische Botschafter Sir C. Scott ist bereits in Petersburg eingetroffen, Herr v. Suol ist auf der Reise nach London und man nimmt an, daß die Rückkehr der beiderseitigen Vertreter mitten in der diplomatischen Ferienzeit den baldigen Beginn der Unterhandlungen bedeute. Der neu ernannte großbritannische Botschafter am Petersburger Hofe, Sir Charles Stewart Scott, wurde am Montag vom Kaiser Nikolaus in Peterhof in feierlicher Audienz empfangen und überreichte sein Beglaubigungsschreiben.

**Serbien.** Der Kassationshof in Belgrad bestätigte das gegen den Führer der Radikalen

Partisch wegen Beleidigung des Königs Milan gefällte, auf 9 Monate Kerkerstrafe lautende Urtheil. **China.** Die russisch-chinesische Bank hat in Peking eine Zweigniederlassung errichtet. — Li-Hung-Tschang soll nach einer Meldung aus Peking in Folge englischer Reclamationen seine Demission eingereicht, der Kaiser aber dieselbe nicht angenommen haben. Die Nachricht bedarf sehr der Bestätigung.

## Spanien und America.

Bezüglich der Philippinen will man sich in Spanien noch immer nicht mit der Thatlage abfinden, daß auch hier die spanische Colonialherrlichkeit zu Ende ist. Die Nachricht, daß America die wichtigste und größte der Inseln, Luzon, mit der Stadt Manila behalten will, klingt nur zu glaublich, so daß man auch in Madrid sich an den Gedanken gewöhnen sollte, daß der spanische Besitz an den Philippinen in Zukunft nur ein klägliches Rest sein wird, während America das Beste für sich annektirt. Gleichwohl halten spanische Regierungskreise noch an der Einbildung fest, daß die Philippinen spanischer Besitz seien und bleiben würden. Man klammert sich an einen Passus des Protokolls des Vertrags über die Kapitulation fest, aus dem allerdings hervorgeht, daß Kommandant Jaundenes nur die Stadt Manila und die nächste Umgebung den Amerikanern ausgeliefert hat. Die letzteren werden aber danach wenig fragen, denn ihrer ist jetzt die eigentliche Herrschaft über die Philippinen.

Der spanische Ministerpräsident Sagasta erklärte, da Jaundenes in Manila gefangen ist, sei General Rios General-Gouverneur auf den Philippinen. Viel zu regieren hat dieser „Gouverneur“ aber nicht mehr. Nach dem spanischen Ministerrath am Dienstag erklärte der Marineminister Anon, die Regierung habe noch keine amtliche Depesche betreffend die Uebergabe Manilas erhalten. Inzwischen ist aber schon seit einigen Tagen der Wortlaut der Kapitulationsurkunde bekannt, und diese Erklärung des Ministers erscheint uns so sonderbarer, als das Kabel nach Manila wieder funktioniert.

Nach Meldungen aus Manila ist am 16. d. der Waffenstillstand bekannt geworden. Die Amerikaner haben die Insurgenten aufgefordert, sich nach ihrer ursprünglichen Stellung zurückzuziehen; zwischen der Stellung der Insurgenten und der Stadt sollte eine neutrale Zone sein. Die Insurgenten haben die Vorstädte im Osten und Norden befestigt. — Wie das „Newyorker Journal“ aus Manila berichtet, befehlt Aguinaldo den Aufständischen, die Waffen niederzulegen. General Merritt übernahm die Geschäfte des Gouverneurs.

Daß die Amerikaner die Insel Luzon behalten wollen, geht auch aus einer Meldung des „Newyork Herald“ aus Washington hervor, wonach Mac Kinley die Friedenscommission dahin instruirte, „wenigstens“ die Insel Luzon für die Vereinigten Staaten zu sichern.

General Augustin, der frühere Generalgouverneur der Philippinen, befindet sich mit seiner Familie an Bord der „Baden“ auf der Rückreise nach Spanien. Der General brach während eines Takums zwischen Hongkong und Singapur den Arm.

Die kubanischen Aufständischen setzen in der That, wie mehrfach berichtet wird, ihre Angriffe gegen die spanischen Truppen fort. Schon neulich wurde von einem Zusammenstoß berichtet, wobei die Spanier Sieger geblieben sein wollten. Jetzt soll nach einer Meldung der Londoner „Morningpost“ aus Washington Generalgouverneur Blanco infolge der unangenehmen Angriffe der kubanischen Rebellen auf spanische Truppen aus Madrid die Befehlung empfangen haben, die Feindschaften gegen die Insurgenten wieder zu eröffnen.

Die Schuld an der Vernichtung der spanischen Flotte bei Santiago wird nun dem General Blanco zugeschoben. Die spanische Regie-

nung erklärt, sie habe von einem Befehl an Admiral Cervera, mit seinem Geschwader Santiago de Cuba zu verlassen, nichts gewußt. Der Befehl sei vielmehr vom Generalgouverneur von Cuba gegeben worden.

## Deutschland.

Berlin, 25. Aug. Der Kaiser nahm gestern Vormittag in Wilhelmshöhe den Vortrag des Vertreters des Aemteramts, Grafen Wolff-Metternich, entgegen.

(Prinz Albrecht von Preußen) ist vorgestern Abend von Mecklenburg auf seiner Inspectionsreise in Kiel eingetroffen und stattete gestern Vormittag der Prinzessin Heinrich im königlichen Schloß einen Besuch ab. Nachmittags fuhr der Prinz nach Schwerin weiter. Prinz Albrecht traf abends 7 Uhr in Schwerin ein und wurde von dem Herzog-Regenten auf dem Bahnhof empfangen. Er wird mehrere Tage im großherzoglichen Schloß wohnen und täglich morgens in das Mandirergelände fahren.

(Parlamentarisches.) Einer neuerlich verbreiteten Mitteilung zufolge sollen die Wahlen zu dem preussischen Abgeordnetenhaus Ende October und Anfang November stattfinden.

(Zu den Landtagswahlen.) Die Verbindung einer konservativ-konserverativen Mehrheit erscheint, so schreibt die „Köln. Volksztg.“ in einem Artikel gegen die „Kreuzztg.“ jetzt vor allem erstrebenswerth. Wer objectiv sein will, muß das Streben als berechtigt anerkennen, sogar wenn er konservativ ist. Diese Mehrheit würde alles das durchsetzen, woran sie bisher verhindert wurde und was wir verurtheilen müssen. Sie würde in ihrem Uebermut und Eigennutz noch weiter gehen und sich namentlich auch durch die „Reform“ des Wahlrechtes ihre Herrschaft dauernd zu sichern streben. Wie alle anderen Parteien, hat somit auch das Centrum, ja das ganze Land ein Interesse daran, die Rechte bei den Wahlen nicht stärker werden zu lassen. Daß Sozialdemokraten in das Abgeordnetenhaus einzuziehen werden, glauben wir nicht; helfen können wir ihnen dabei auf keinen Fall.

(Zur Vermehrung der Friedenspräsenzstärke) schreibt die „Westztg.“, dieselbe würde doch hauptsächlich auf große Schwierigkeiten stoßen. Es wird vielfach berichtet, daß die Aushebungskommissionen bei der Auswahl der Rekruten bis an die äußerste Grenze der Tauglichkeit gehen, die doch nicht überschritten werden kann, ohne die Tüchtigkeit und Schlagfertigkeit der Armee zu gefährden. Ist die Vervollständigung der neuen Regimenter wirklich geplant, so müßte innerhalb der letzten zwei Jahre ein vollständiger Wechsel der Anschauungen im Kriegsministerium erfolgt sein, der freilich durch den Personalwechsel seine Erklärung fände.

(Zu den Neuforderungen für das Heer) schreibt ein gelegentlicher Berliner Bericht-erkannter gleichlaufend der „Köln. Ztg.“ und dem „Hann. Cour.“, die zuletzt geschehenen Infanterieregimenter mit zwei Bataillonen seien wenig leistungsfähig. Dies liegt auf der Hand; nach der ganzen organischen Verbindung ist das Regiment auf drei Bataillone zugeschnitten, und wenn ein Drittel fehlt, so vermindert dieser Mangel die Aktionsfähigkeit viel mehr als um ein Drittel, das sind, wie die „Fr. Ztg.“ bemerkt, lediglich Redensarten. Die Action beruht nicht auf den Regimenten, sondern auf den Bataillonen. Die amtlichen Erklärungen des Kriegsministers über den Werth der Regimenter von 2 Bataillonen in der Budgetcommission im Jahre 1896 belegen das gerade Gegenstück obiger Ausführungen. Der Correspondent schätzt die beabsichtigte Heeresvermehrung auf etwa 16 000 Mann und meint, daß eine solche Vermehrung angesichts der gewaltigen Zunahme der Bevölkerung sehr gering erscheine. Seit wann folgt denn aus der Zunahme der Bevölkerung die Nothwendigkeit einer Heeresvermehrung? Von 1867—1880 entsprach die Friedenspräsenzstärke einem Prozent der Bevölkerung von 1867. Erst 1880 wurde das eine Prozent der Bevölkerung nach der Zählung von 1875 maßgebend. Von 1887 bis 1890 galt dann eine Friedenspräsenzstärke, welche einem Prozent der Bevölkerung nach der Zählung von 1885 entsprach. Seit 1899 ist die Friedenspräsenzstärke ohne Rücksicht auf die Bevölkerung bemessen worden. Nach der Erhöhung der Friedenspräsenzstärke betrug dieselbe 557 093. Diese Präsenzstärke ging um 63 000 Mann hinaus über ein Prozent der Bevölkerung nach der Zählung von 1890. Dieselbe gegenwärtig geltende Friedenspräsenzstärke reicht auch noch um 34 000 Mann hinaus über ein Prozent der Bevölkerung nach der letzten Zählung von 1895. Es kann somit der erwähnte Prozentatz

nicht zur Unterlage für neue Heeresanforderungen gemacht werden.

(Sozialdemokraten und Landtagswahlen.) Am Dienstag Abend tagte in Berlin behufs Stellungnahme betrefis der Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen eine für die vier Berliner Landtagswahlkreise von den Sozialdemokraten einberufene Versammlung, an der ca. 2000 Personen theilnahmen. Der Reichstagsabgeordnete Heine und Privatdozent Dr. Arons befrworteten eine Theilnahme wenigstens in den Provinzen. Dagegen brachte der Reiterer des Abends, Schriftsteller Ledebour, eine Resolution ein, nach welcher von der Theilnahme an diesen Wahlen Abstand genommen werden sollte. Dieser Antrag kam mit großer Majorität zur Annahme.

(Eugen Wolf) telegraphirt dem „B. Z.“ aus Schiersee, daß er sich weder ein Amt anemaszt, noch eine amtliche Gerichtsbesetzung abgeben, noch endlich Gesangene freigelassen habe. Die Erzählung des Herrn Dannhauer sei vielmehr eine pure Erfindung. Eugen Wolf wünscht schließlich, daß eine amtliche Untersuchung der Angelegenheit statfinde, und wird seine auf die Missionarische bezüglichen Tagebuchblätter, die er sich erst nachsenden lassen muß, sofort nach Empfang veröffentlichen.

(Parteipolitik.) Eine interessante Nachricht wird dem „B. Z.“ aus dem Wahlkreis Schlochau-König-Luzsch mitgetheilt. Dort hat nämlich der Bund der Landwirthe ein Compromiß mit dem Centrum geschlossen, da er mit den liberal-konservativen Compromiß-Candidaten nicht zufrieden ist. Diese politische Constellation ist nicht ohne Interesse, nachdem die Blätter des Bundes jeden Gegenatz zu den konservativen rundweg abgelehnt haben. Die „regierende“ Partei aber im Bunde mit den Agrariern — das eröffnet Perspektiven für die Landtagswahlen, die das liberale Bürgerthum fest im Auge behalten solle.

(Von der Marine.) Der von der Wefer-Werft erbaute neue Kreuzer „Victoria Luise“, der nach achttägiger Probefahrt von der Marinebehörde übernommen wurde, ist in Wilhelmshaven eingetroffen. S. M. S. „Kaiser“ ist am 21. Aug. von Manila nach Batavia in See gegangen. S. M. S. „Rige“ ist am 22. August in Corana angekommen und beabsichtigt am 27. nach Madeira in See zu gehen. S. M. S. „Gormoran“ ist am 21. d. von Manila nach Rio-De-Janeiro in See gegangen.

(Colonialpolitik.) Ueber die Regelung der Rechtsverhältnisse im Kiautschou-Gebiet wird verschiedenen Blättern berichtet: Der Amtsrichter Dr. Glapke aus Hamburg, welcher zum fassischen Richter für das Kiautschougebiet ernannt worden ist und gleichzeitig die Garnison-Auditeur-geschäfte beim dortigen Gouvernemente ausüben hat, ist am 11. Juni an seinem Bestimmungsort eingetroffen und hat seine Aemter angetreten. Die Rechtsverhältnisse im Kiautschougebiet sind durch eine kaiserliche Verordnung vom 27. April geregelt, die auf dem Schutgebietsgesetze vom Jahre 1888 beruht. Hiernach unterstehen im Schutgebiete Kiautschou alle Personen mit Ausnahme der Chinesen dem deutschen Recht und Gericht. Anzusehen nun auch die Chinesen der Rechtsprechung durch das kaiserliche Gericht unterliegen, bestimmt der Gouverneur; es wird dies namentlich dann der Fall sein müssen, wenn in Streitfällen zwischen Europäern und Chinesen zu entscheiden ist. Im Uebrigen läßt die Verwaltung des Schutgebietes den jedenfalls sehr weiten und auch von den anderen größeren Colonialstaaten befolgten Grundatz gelten, daß die Eingeborenen möglichst in ihren allgemeinen Sitten und Rechtsformen zu belassen sind; dies umsomehr, da das chinesische Rechtssystem im höchsten Grade entwickelt und auf Zahrtausend alle Gebোধheiten begründet ist. Hierzu kommt noch, daß die Chinesen besonders mit ihrem Familien- und Erbrecht uralte, ihnen heilige Anschauungen religiöser Natur untrennbar verknüpfen. Es ergibt sich somit hieraus, daß für unsere Juristen nahezu eine Unmöglichkeit bestehen würde, die Rechts- und Sittenanschauungen bei der Rechtsprechung in jedem Falle zu berücksichtigen. Um diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen, beabsichtigt nach der „Schles. Ztg.“ das Gouvernemente, eine gesonderte chinesische Gerichtszorgansifation im Schutgebiete herbeizuführen, letzteres in mindestens drei Gerichtsbezirke einzuhellen und für diese Chinesen als Richter der Eingeborenen zu bestellen, sobald es gelungen sein wird, geeignete Persönlichkeiten hierfür ausfindig zu machen.

## Wollwirthschaftliches.

(Billigeres Geld, als dem Handel zu Theil wird, verlangt die „Kreuzztg.“ in ihrer neuen Dreifigkeit für die Landwirtschaft. Sie

schreibt, so lange es unmöglich ist, der Landwirtschaft billigeres Geld als dem Handel in ausreichenden Beträgen zur Verfügung zu halten, so lange darf man nicht hoffen, durch sogenannte „Creditorganisation“ die Noth der Landwirtschaft wesentlich zu erleichtern. — Die Noth der Agrarier aber besteht hauptsächlich darin, daß sie einen Besitz festhalten suchen, der ganz und gar nicht im Verhältnis steht zu den eigenen Mitteln, und daß sie deshalb nicht wie der Handel den Kredit nur vorübergehend, sondern dauernd zu einem möglichst billigen Preise in Anspruch nehmen.

(Der Verein deutscher Fahrradfabrikanten hat in einer Eingabe an den Bundesrat abermals eine Erhöhung des Zolles auf amerikanifche Fahrräder verlangt. Die Eingabe legt einen Durchschnittspreis von 250 Mk. zu Grunde und verlangt pro Rad einen Zoll von 25 Mark. Die Erhöhung des Zolles auf amerikanifche Fahrräder allein ist ausgeschlossen, da amerikanifche Erzeugnisse nicht höher belastet werden können, als die Erzeugnisse anderer Länder. Die Fahrradindustrie in Deutschland befindet sich bekanntlich in günstigster Lage.

(Die Gründung einer österreichifchen Exportbank zum Zweck der Hebung des österreichifchen Exports nach Ostasien wird geplant. Auch das Haus L. M. Rothschild in Wien scheint neuerdings eine erhöhte Thätigkeit in China entfalten zu wollen, wenigstens hat dieses Haus kürzlich Vertreter nach Ostasien entsandt, um die dortigen Verhältnisse zu studiren.

(Zum Widerstand gegen die Waiffsbemegung für Getreide fordert die „Pommersche landwirthschaftliche Hausgenossenschaft“ auf. Alle Landwirthe sollten möglichst ihr Getreide durch Vermittlung der Genossenschaften verwerthen. — Dann ist es aber auch noch so! Die Genossenschaft kann bei ihren Getreidekäufen auch nicht mehr begählen, als sie Aussicht hat, bei Verkäufen zu erhalten. Auch wird der Weltpreis für Getreide nicht in Stettin und Pommern bestimmt.

(Von allen Märkten Schleswig-Holsteins laufen Meldungen über eine bedeutende Steigerung der Fleischpreise ein. Die Schlächter klagen über Mangel an gutem Schlachtvieh und sehen sich zur Erhöhung der Fleischpreise genöthigt, um ihrem geschäftlichen Ruin vorzubeugen. Das Fleischnberger Schlächteramt kündigt an, daß es die Fleischpreise infolge der hohen Viehpreise erhöhen müsse. Die amtlichen Marktberichte konstatiren gleichfalls eine ganz erhebliche Preissteigerung des Fleisches. Die durch die Viehpreise hervorgerufene Noth wächst mit jedem Tage und die Volksernährung wird in absehbarer Zeit auf sehr bedenkliche Schwierigkeiten stoßen. Die Regierung zögert unter dem Drucke der Agrarier, die verberbliche Grenzsperrre aufzuheben. In den Kreisblättern, die zum großen Theile von den großagrariifchen Amtsvorstehern abhängig sind, behaupten die Agrarier ferner, daß die Fleischer mit dem „internationalen Händlertum“ eine Täuschung des konsumirenden Publikums verüben, da thastächlich kein Fleischmangel im Inlande vorhanden sei. Angefichts der unheimlichen Preissteigerung richtet sich dieser Vorwurf selbst und beweist, mit welchen unlauteren Mitteln die Großagrarier operiren.

(Grenzsperrre gegen die Schweiz in Aussicht? Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „In den schweizerifchen Kantonen Wallis, Graubünden und Tesin hat nach den amtlichen Ausweisen der schweizerifchen Regierung die Maul- und Klauenseuche einen sehr bedenklichen Umfang angenommen und trägt zum Theil einen geradezu bössartigen Charakter. Es dürften deshalb ernstliche Vorichtsmaßregeln im Verkehre mit der Schweiz Platz greifen müssen.“

(Besondere Preisnotirungscommissionen für Zucht- und Schlachtviehmärkte beabsichtigt nach einer Meldung der „Allg. Fleischztg.“ das preussifche Landwirtschaftsministerium einzurichten. Die Regierungsbehörden sind bereits mit der Vorbereitung des Materials beauftragt worden. In diesen Commissionen soll die Preisverwaltung, die Landwirtschaft, der Viehhandel und das Fleischnergewerbe vertreten sein. Der Regierungsvorsitzende hat diese Vertreter zu berufen. Die Zahl der Vertreter der Landwirtschaft soll jedoch möglichst so stark wie die der Vertreter des Viehhandels und Fleischnergewerbes zunehmen sein. Die Preisnotirung nach Qualität soll gänzlich vermindert werden, doch sollen die an verschiedenen Markorten üblichen Gebrauche, z. B. „nach Schladtgewicht“ oder nach „Vendgewicht“ nicht unangenehm werden. Die Klaffeneintheilungen werden den Vereinbarungen, welche im Jahre 1896 zwischen Vertretern des deutschen Landwirtschaftsrathes, des Fleischnergewerbes, des Viehhandels und den Schlachtviehverwaltungen verschiedener Städte getroffen sind, angepaßt werden.



**Kartoffeln.**  
größere Sorten, kleine und Bismarck, laut  
E. Vogel, Schmalestr. 16.

**Alle  
Sorten Birnen**  
laut  
Louis Rühlemann,  
Schmalestr. 16.



Dem geehrten Publikum von Merseburg und Umgegend bringe ich meine

**Dampf-Bettfedern  
Reinigungs-Anstalt**  
u. empfehlende Erinnerung.  
H. Gärtner, Poststr. 8a.

**Arnica-Haaröl**

(von R. Muschke Koethen)  
ein balsamisch. Auszug der grünen Arnica-Blätter ist ein unbedenkliches Mittel bei Haarausfall, sowie zur Förderung u. Stärkung der Kopfhaut. Tägliches Waschen mit Beseitigung der schmerzhaften Kopfschuppen u. Schuppen. Flac. à 50 u. 75 Pf. nur bei:  
Paul Berger, Neumarkt-Drogerie.

**Die Aerzte sind**

ganz erkant über die Erfolge des

**Carl Roth'schen Nährzwiebels**

Derselbe bildet den Kindern gesundes Blut, stärkt Knochenbau und ist wegen seines hohen Nährwerths geeignet, das Kind vor dem Folgen der Ernährung als: Scrophulose, Diphtherie, Darmcatarrh, Nahrungsmittel, Knochenentzündungen u. s. w. zu schützen. In Dosen und Packeten zum 10, 20, 30 und 60 Pf. Verkauf nur allein echt in Originalpackung bei

- H. B. Ewerbach, Oberburgstraße;
- Adolf Bergmann, Gottorfstraße 8;
- H. Weilmann, Gottorfstraße;
- Carl Schmidt, Unteraltersburg;
- Heinrich, Feinstraße;
- Wilhelm Kösterich, Gottorfstraße;
- Louis Mendorf, Schmalestraße;
- Güthel, Unteraltersburg;
- Th. Sieber, Salsche Straße;
- Adolf Kühne, H. Ritterstraße;
- Frankleben, Nig. Gasse;
- Neumarkt b. Merseburg: Hugo Ernst;
- Mühlgr.: W. Ködel, Vätermeister;
- Laucha: Paul Fügner;
- Wendorf: Heinh. Dietrich;
- Laucha b. Langenberg;
- Schaffstädt: Etzinger;
- Niedererichtr. b. Schaffstädt: Emma Sobritsch.

**ELEKTROTECHNISCHE  
GRUNDSCHULE**

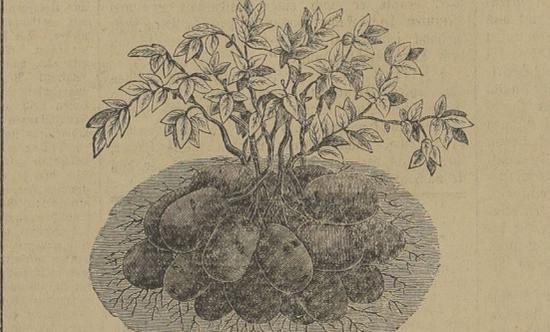
Lehrbuch für die  
Vorbereitung  
auf dem Gebiet  
der angewandten  
Elektrizitätslehre.

VERLAG VON G. L. DAUBE & CO.  
Jährlich 24 Hefte.  
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen  
und Postanstalten.  
Preis halbjährlich Mk. 4.-, direkt per  
Streifenband Mk. 4.75.

**Ich bin 10 Tage, bereit.**  
Herr Dr. Brohmann  
ist mein Vertreter.  
Dr. Witte.  
Klavier-Unterricht  
wird erteilt. Näheres zu erfragen  
Neumarkt 35.

Von Sonnabend den  
27. August ab steht ein großer  
Transport  
**dänischer und  
belgischer  
Arbeitspferde**

in großer Auswahl bei mir zum Verkauf.  
**Theodor Weinstein, Halle,**  
Leipzigerstraße 54.  
Solide Preise.



**Regelmäßiger Kartoffelverkauf**  
in 1/1, 1/2 und 1/4 Centner.  
**Eduard Klauss.**

**Die kommenden Landtagswahlen**  
finden in der „Freisinnigen Zeitung“ die eingehendste Erörterung. Von jetzt bis Ende September kostet das Abonnement bei allen Postanstalten und bei den Berliner Zeitungs-Expeditoren nur  
**1,20 Mark.**  
Neu hinzutretende Abonnenten erhalten gegen Einsendung der Abkommensquittung an die Expedition Berlin SW., Zimmerstr. 8, die noch im August erscheinenden Nummern und auf Wunsch den Anfang des hochinteressanten Romans „Beter Martin“ kostenfrei zugefandt.

**Königliches Bad Lauchstädt.**  
Sonntag den 28. August 1898  
**Brunnenfest.**  
Nachmittags: gr. Concert. Anfang 3 1/2 Uhr.  
Abends: grosses Feuerwerk, Illumination  
und Ball im Saal.  
Max Schwarz, Vaberesantantur.

Garantirt reines  
 **Roggenbrod**  
von neuem Roggen 1. Sorte, vorzüglich  
im Geschmack, 5 Pf. 50 Pf. empfiehlt  
**Emil Rohde,**  
Breitestraße 20.  
Gente Freitag  
**frische Würst.**  
Gust. Schulze, Lindenstr. 14.  
**Hirschhornfrüde**  
am 21. August in der Nähe des Bahnhofs  
verloren. Der christliche Kinder wird gebeten  
dieselbe in der Exped. d. Bl. abzugeben.

**Inbold's Restauration.**  
Gente Freitag  
**Schlachtfest.**  
**Bahnhof Niederbeuna.**  
Zum Erntedankfest  
Sonntag den 28. d. M., von nachmittags  
3 Uhr ab,  
Tanzmusik,  
wozu freundlichst einladet  
Friedr. Zätzsch.

**Sommertheater in Merseburg.**  
„Tivoli“.  
Sonntag den 28. August 1898.  
Sensationstheater!  
„Dreyfus“.  
Der Verbannte der Teufels-Insel.  
Zola vor den Geschworenen.  
Sensationstheater aus der Gegenwart in 5 Acten  
von H. Bergner.  
Alles Nähere durch die Theaterzeitung.  
Die Direction.

**Männer-Turn-Verein.**  
Ausserordentliche  
General-  
Versammlung  
Sonnabend d. 27. August,  
abends, nachdem Eingefunde.  
Der Vorstand.

**Allgemeiner Turnverein.**  
Sonntag den 28. Aug. cr.  
Zurungang mit Damen  
nach Frankleben.  
Abends 7 Uhr vom städt. Turnplatz.  
Der Vorstand.

**Gesang-Verein**  
„Eichenkranz“.  
Unser Vergnügen,  
bestehend in Abendunterhaltung und  
Tänzen, findet Sonntag den 28. August  
1898, von abends 8 Uhr an, in der  
Festungstr. 10.  
Von Nachmittag 3 1/2 Uhr ab  
**Tänzen.**  
Der Vorstand.

Hochachtungsvoll  
auch jeder Andere, selbst Frauen u. Kinder können  
täglich 20 Mark  
verdienen. Anzeigen bei Sabitzerstraße 10.  
Hofb. Post Wetzstein. (Nachmarkts belegen.)  
Eine Frau z. Frühkindertragen  
sofort gesucht.  
Richard Baumann, Steinstr. 7.

Ein eheliches älteres Mädchen,  
mit guten Zeugnissen, wird zum 1. October  
geleitet.  
Gottorfstr. 23.

Ein ordentl. Dienstmädchen  
sucht per 1. October  
F. G. Kundt, Unteraltersburg.

Ein älteres Mädchen,  
mit guten Zeugnissen versehen, wird zum  
1. October cr. gesucht.  
Poststrasse 61L.

Ein Anecht oder Tagelöhner  
in der Landwirtschaft wird sofort gesucht  
Zschöcherger Nr. 5.

Ein kräftiges, eheliches und fleißiges  
**Mädchen**  
für alle Hausarbeit wird bei gutem Lohn  
zum 1. October d. J. gesucht von  
Frau Superintendentin Meoller  
aus Wöhlitz.

Ein Mädchen, welche Liebe zu Kindern  
hat, wird zur  
**Aufwartung**  
für den ganzen Tag gesucht. Wo? sagt die  
Exped. d. Bl.

Zum 1. September wird ein gesundes  
kräftiges Mädchen, ehelicher Leute Kind, als  
**Aufwärterin**  
für den ganzen Tag gesucht. Zu erfragen  
in der Exped. d. Bl.

Eine Köchin, Schauer- und Hausmädchen  
(Anfangsgehalt 180 Mk.), eine Verkäuferin für  
Fleischerei. Ferner ein Zimmermädchen, so-  
wie Mädchen für Küche und Haus finden  
gute Stellen durch  
Frau Langenheilm, Breitestr. 7.

Ein junger anständiger Mensch,  
im 15. Lebensjahre, sucht in der Ausbildung  
schicklicher Arbeiter Stellung. Welche  
Vorteile man bitte unter A B in der  
Exped. d. Bl. niederzulegen.

**Erwandes junges Mädchen,**  
nicht unter 16 Jahren, welches Lust hat  
früher zu erlernen, kann sofort oder später  
unter günstigen Bedingungen eintreten.  
Frau Lydia Zentsehler,  
Damenstr. 10.  
Halle, Grand Hotel.

Bitte eine Heilige.

Provintz und Umgegend.

† Torgau, 24. Aug. Auf noch unausgeklärte Weise entsand in der Schenke des Delonome...

† Liebenwerda, 24. Aug. Gestern Nachmittag brannten zwei große aneinander grenzende...

† Zeitz, 24. Aug. In Für Grana brannte eine größere Fläche Gerste auf dem Halme ab.

† Hohenmölsen, 23. Aug. Heute Abend in der achten Stunde stach der unter dem Namen...

† Kienburg, 24. Aug. Beim Brand auf dem Kiefernacker blieben die Schädler, sowie die Ernte selbst vom Feuer verschont.

† Langenweddingen, 24. Aug. Heute Morgen 7 1/2 Uhr ist auf dem östlichen Ueberwege...

† Gisteln, 24. Aug. Eine die Waßgleise bei Stechbale überfahrende Gänseherde wurde von einem Eisenbahnzug überfahren...

† Kienburg, 24. Aug. Gestern Abend wurde hier das Opfer des Brandunglücks vom 20. Febr. zur Ruhe bestattet...

† Göttha, 24. Aug. Ueber Todesfälle von Soldaten infolge von Hirschschlag mehren sich die Nachrichten.

† Weiningen, 24. Aug. Ueber die bereits gemeldete Feuersbrunst in Gaaßhausen werden der S. Ztg. folgende nähere Angaben gemacht...

geradezu verblüffend schnell um sich gegriffen haben. Binnen 8-10 Minuten war das Dorf ein einziges...

Leiziger und andere Zeitungen gemacht hat. Letzterer Umstand scheint übrigens mit dazu beigetragen zu haben...

Leider die Ursache des Zusammenstoßes hat sich zweifellos ergeben, daß lediglich eine Unachtsamkeit...

Die meisten Zeitungsberichte, in erster Linie der des „Merseburger Correspondent“, sind in der Hauptache falsch gewesen...

Localnachrichten.

Merseburg, den 26 August 1898.

Wie das „Merseburger Kreisblatt“ Wahrheitsbeweise liefert, zeigt es wieder einmal in einem mit uns vom Baune...

Leber die Ursache des Zusammenstoßes hat sich zweifellos ergeben, daß lediglich eine Unachtsamkeit des diensthabenden Wächstellers die Schuld trägt...

Die meisten Zeitungsberichte, in erster Linie der des „Merseburger Correspondent“, sind in der Hauptache falsch gewesen...

Leider die Ursache des Zusammenstoßes hat sich zweifellos ergeben, daß lediglich eine Unachtsamkeit des diensthabenden Wächstellers die Schuld trägt...

Die meisten Zeitungsberichte, in erster Linie der des „Merseburger Correspondent“, sind in der Hauptache falsch gewesen...

Leider die Ursache des Zusammenstoßes hat sich zweifellos ergeben, daß lediglich eine Unachtsamkeit des diensthabenden Wächstellers die Schuld trägt...

Die meisten Zeitungsberichte, in erster Linie der des „Merseburger Correspondent“, sind in der Hauptache falsch gewesen...

Leider die Ursache des Zusammenstoßes hat sich zweifellos ergeben, daß lediglich eine Unachtsamkeit des diensthabenden Wächstellers die Schuld trägt...

Die meisten Zeitungsberichte, in erster Linie der des „Merseburger Correspondent“, sind in der Hauptache falsch gewesen...

Leider die Ursache des Zusammenstoßes hat sich zweifellos ergeben, daß lediglich eine Unachtsamkeit des diensthabenden Wächstellers die Schuld trägt...

Die meisten Zeitungsberichte, in erster Linie der des „Merseburger Correspondent“, sind in der Hauptache falsch gewesen...

Leider die Ursache des Zusammenstoßes hat sich zweifellos ergeben, daß lediglich eine Unachtsamkeit des diensthabenden Wächstellers die Schuld trägt...

Die meisten Zeitungsberichte, in erster Linie der des „Merseburger Correspondent“, sind in der Hauptache falsch gewesen...

Leider die Ursache des Zusammenstoßes hat sich zweifellos ergeben, daß lediglich eine Unachtsamkeit des diensthabenden Wächstellers die Schuld trägt...

Die meisten Zeitungsberichte, in erster Linie der des „Merseburger Correspondent“, sind in der Hauptache falsch gewesen...

Leider die Ursache des Zusammenstoßes hat sich zweifellos ergeben, daß lediglich eine Unachtsamkeit des diensthabenden Wächstellers die Schuld trägt...

Die meisten Zeitungsberichte, in erster Linie der des „Merseburger Correspondent“, sind in der Hauptache falsch gewesen...

Leider die Ursache des Zusammenstoßes hat sich zweifellos ergeben, daß lediglich eine Unachtsamkeit des diensthabenden Wächstellers die Schuld trägt...

Die meisten Zeitungsberichte, in erster Linie der des „Merseburger Correspondent“, sind in der Hauptache falsch gewesen...

Leider die Ursache des Zusammenstoßes hat sich zweifellos ergeben, daß lediglich eine Unachtsamkeit des diensthabenden Wächstellers die Schuld trägt...

Die meisten Zeitungsberichte, in erster Linie der des „Merseburger Correspondent“, sind in der Hauptache falsch gewesen...

Vertical text on the left margin, including names and dates.

Vertical text on the right margin, including names and dates.



# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

(mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr. Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Illustrirtes Sonntagsblatt, Mode und Heim, Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung, 1 Mark 20 Pf. durch den Gerumträger, 1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 199.

Freitag den 26. August.

1898.

Für den Monat September werden noch Abonnements auf den

„Merseburger Correspondent“, zum Preise von 40 Pfg. resp. 42 Pfg. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegengenommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

## Der Hausbesitzer-Verband und die Feuer-Versicherung.

Dem Verbandstage der städtischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine, der kürzlich in Wiesbaden stattfand, lag auch ein Antrag des Hausbesitzervereins in Prenzlau vor, der folgendenmaßen lautet: „Der Verbandstag wolle 1) Vergünstigungen für die Verbandsmitglieder in Feuerversicherungs-Angelegenheiten, analog dem Abkommen bezüglich der Haftpflichtversicherung, zu erwirken suchen und, falls dies an der Ringbildung der Feuerversicherungsgesellschaften scheitern sollte, insofern dem Dinge alle leistungsfähigen Gesellschaften angehören sollten, 2) die Begründung einer eigenen Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit im Centralverbande, ähnlich der Leipziger und Hamburger Haftpflichtversicherung, anregen und, falls dieses nicht ausführbar, 3) eine Petition an den Reichstag richten bezugs Verstaatlichung des gelammten Feuerversicherungswesens.“ Der Antrag wurde vom Verbandstage zwar nicht angenommen, aber auch nicht abgelehnt, es wurde vielmehr beschlossen: „Der Vorstand des Verbandes wird den Antrag des Prenzlauer Vereins prüfen und dem nächsten Verbandstage concrete Vorschläge machen.“ Der Antrag des Vereins zu Prenzlau besteht eigentlich aus zwei Anträgen, deren einer den anderen überflüssig macht. Wenn 2. B. eine Verstaatlichung des ganzen Feuerversicherungswesens stattfinden soll, so haben die Begründung einer eigenen Versicherung auf Gegenseitigkeit oder Verhandlungen wegen Vergünstigungen mit den bestehenden Gesellschaften nicht den geringsten Zweck. Aber auch davon abgesehen, zeigen die Anträge, daß ihre Urheber sich das, was sie verlangen, sehr wenig überlegt haben. Was zunächst die Vergünstigungen für die Verbandsmitglieder anbetrifft, so darf man nicht übersehen, daß heute bereits alle Immobilien versichert sind. In großen Theilen Deutschlands besteht für Immobilien Zwangsversicherung bei öffentlichen Instituten, Feuer- und Brandversicherungsanstalten und wie sie sonst heißen mögen. Wo den Hausbesitzern die Versicherung freigegeben ist, werden sie schon durch das eigene Interesse veranlaßt, ihre Gebäude zu versichern und wenn sie das eigene Interesse verkennen wollten, so würden die Hypothekengläubiger dafür Sorge tragen. Ohne Versicherung giebt es keine Hypothek auf ein Grundstück. Die Feuerversicherungsgesellschaften haben als Gesamtheit oder als „Ring“, wie der Antrag sagt, gar keinen Grund dazu, den Mitgliedern des Verbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine Vergünstigungen zu gewähren, ja nicht einmal ein Recht dazu, weil sie dadurch die übrigen Versicherten benachteiligen würden. Selbst wenn ein Verein geneigt wäre, dem Wunsche zu entsprechen, so würde er gar nicht im Stande sein, es auszuführen, weil er in kleineren Städten, in denen vielleicht die Mehrheit der Hausbesitzer dem Verbandsangehörte, ein so großes Risiko nicht übernehmen könnte. Uebrigens sind die Prämien für Immobilien in Städten, wenn nur für gute Viehsicherungen gesorgt ist, heute schon so gering, daß eine Ermäßigung kaum noch eintreten kann. Mit den Ermäßigungen bei der Haftpflichtversicherung sind Ermäßigungen bei der Feuerversicherung,

namentlich bei der Feuerversicherung von Immobilien, gar nicht zu vergleichen. Die Begründung einer eigenen Gesellschaft kann ja der Verband versuchen; ob seine Mitglieder sich dabei besser stellen würden, als jetzt, ist sehr zweifelhaft; ein öffentliches Interesse aber, einem solchen Vorhaben entgegenzutreten, liegt nicht vor. Zunächst würde der Verband freilich dafür sorgen müssen, daß der Zwang zur Versicherung bei den oben erwähnten öffentlichen Anstalten beseitigt würde; andernfalls könnte nur ein Theil, vielleicht nur ein kleiner Theil der Verbandsmitglieder von der geplanten Einrichtung Gebrauch machen. Ueber die Verstaatlichung des gelammten Feuerversicherungswesens braucht nicht viel gesagt zu werden. Der Ruf nach Verstaatlichung wird heutzutage häufig in Interessentkreisen laut, wenn man unzufrieden ist, aber nicht weiß, was man thun soll, um die Gründe zur Unzufriedenheit zu beseitigen. Gätten die Hausbesitzervereine die staatliche Zwangsversicherung, so würden sie, und jedenfalls mit viel mehr Recht, noch viel unzufriedener sein, als sie es heute sind, und sehr bald die Entstaatlichung der Feuerversicherung verlangen.

## Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn.** Die neuen österreichisch-ungarischen Ministerconferenzen in Sachen des Ausgleichs haben am Mittwoch in Budapest begonnen. Der österreichische Ministerpräsident Graf Thun, der Finanzminister Raizl und der Handelsminister Dr. Wurmthaler traten debuss Fortsetzung der Ausgleichsverhandlungen in Budapest ein. Für die Ausgleichs-Conferenzen sind drei Tage anberaumt. Wenn möglich, werden beide Ministerpräsidenten am Sonnabend in Wien dem Monarchen Bericht erstatten. Die ungarische Regierung trat am Dienstag zu einem Ministerrath zusammen, um ihren Standpunkt zu präzisieren. Es wird abermals verächtigt, Graf Thun werde beim Kaiser seine Entlassung nachsuchen, falls er bei Ungarn nicht günstige Ausgleichsvorlagen erziele. Der „Köln. Zig.“ wird dagegen „von zuverlässiger Seite“ aus Budapest berichtet, daß bezüglich der rechtlichen Form des vorläufigen Ausgleichsvereinbommens zwischen beiden Regierungen noch in Hül ein Einverständnis erzielt worden ist.

**Österreich-Ungarn.** Die neuen österreichisch-ungarischen Ministerconferenzen in Sachen des Ausgleichs haben am Mittwoch in Budapest begonnen. Der österreichische Ministerpräsident Graf Thun, der Finanzminister Raizl und der Handelsminister Dr. Wurmthaler traten debuss Fortsetzung der Ausgleichsverhandlungen in Budapest ein. Für die Ausgleichs-Conferenzen sind drei Tage anberaumt. Wenn möglich, werden beide Ministerpräsidenten am Sonnabend in Wien dem Monarchen Bericht erstatten. Die ungarische Regierung trat am Dienstag zu einem Ministerrath zusammen, um ihren Standpunkt zu präzisieren. Es wird abermals verächtigt, Graf Thun werde beim Kaiser seine Entlassung nachsuchen, falls er bei Ungarn nicht günstige Ausgleichsvorlagen erziele. Der „Köln. Zig.“ wird dagegen „von zuverlässiger Seite“ aus Budapest berichtet, daß bezüglich der rechtlichen Form des vorläufigen Ausgleichsvereinbommens zwischen beiden Regierungen noch in Hül ein Einverständnis erzielt worden ist.

**Ferbien.** Der Kassationshof in Belgrad beschäftigte das gegen den Führer der Rablaffen

Pasitsch wegen Beleidigung des Königs Milan gefällte, auf 9 Monate Kerkerstrafe lautende Urtheil. **China.** Die russisch-chinesische Bank hat in Peking eine Zweigniederlassung errichtet. — Li-Hung-Tschang soll nach einer Meldung aus Peking in Folge englischer Reclamationen seine Demission eingereicht, der Kaiser aber dieselbe nicht angenommen haben. Die Nachricht bedarf sehr der Bestätigung.

## Spanien und America.

Bezüglich der Philippinen will man sich in Spanien noch immer nicht mit der Thatfache abfinden, daß auch hier die spanische Colonialherrlichkeit zu Ende ist. Die Nachricht, daß America die wichtigste und größte der Inseln, Luzon, mit der Stadt Manila behalten will, klingt nur zu glaublich, so daß man auch in Madrid sich an den Gedanken gewöhnen sollte, daß der spanische Besitz an den Philippinen in Zukunft nur ein lästlicher Fleck sein wird, während America das Beste für sich annektirt. Gleichwohl halten spanische Regierungskreise noch an der Einbildung fest, daß die Philippinen spanischer Besitz seien und bleiben würden. Man klammert sich an einen Passus des Protokolls des Vertrags über die Kapitulation fest, aus dem allerdings hervorgeht, daß Kommandant Jaundenes nur die Stadt Manila und die nächste Umgebung den Amerikanern ausgeliefert hat. Die letzteren werden aber danach wenig fragen, denn ihrer ist jetzt die eigentliche Herrschaft auf den Philippinen.

Der spanische Ministerpräsident Sagasta erklärte, da Jaundenes in Manila freigezungen ist, sei General Rios General-Gouverneur auf den Philippinen. Viel zu regieren hat dieser „Gouverneur“ aber nicht mehr. Nach dem spanischen Ministerrath am Dienstag erklärte der Marineminister Anon, die Regierung habe noch keine amtliche Depesche betreffend die Uebergabe Manilas erhalten. Inzwischen ist aber schon seit einigen Tagen der Wortlaut der Kapitulationsurkunde bekannt, und diese Erklärung des Ministers erscheint uns so sonderbarer, als das Kabel nach Manila wieder funktioniert.

Nach Meldungen aus Manila ist am 16. d. der Waffenstillstand bekannt geworden. Die Amerikaner haben die Insurgenten aufgefordert, sich nach ihrer ursprünglichen Stellung zurückzuziehen; zwischen der Stellung der Insurgenten und der Stadt sollte eine neutrale Zone sein. Die Insurgenten haben die Vorstädte im Süden und Norden befestigt. — Wie das „Newyorker Journal“ aus Manila berichtet, befehlt Aguinaldo den Australasiatischen, die Waffen niederzulegen. General Merritt übernahm die Geschäfte des Gouverneurs.

Daß die Amerikaner die Insel Luzon behalten wollen, geht auch aus einer Meldung des „Newyork Herald“ aus Washington hervor, wonach Mac Kinley die Friedenscommission dahin instruirte, „wenigstens“ die Insel Luzon für die Vereinigten Staaten zu fordern.

General Augustin, der frühere Generalgouverneur der Philippinen, befindet sich mit seiner Familie an Bord der „Baden“ auf der Rückreise nach Spanien. Der General brach während eines Auftrags zwischen Hongkong und Singapur den Arm.

Die kubanischen Aufständischen setzen in der That, wie mehrfach berichtet wird, ihre Angriffe gegen die spanischen Truppen fort. Schon neulich wurde von einem Zusammenstoß berichtet, wobei die Spanier Sieger geblieben sein wollten. Jetzt soll nach einer Meldung der Londoner „Morningpost“ aus Washington Generalgouverneur Blanco infolge der unangenehmen Angriffe der kubanischen Rebellen auf spanische Truppen aus Madrid die Befehle empfangen haben, die Feindschaften gegen die Insurgenten wieder zu eröffnen.

Die Schuld an der Vernichtung der spanischen Flotte bei Santiago wird nun dem General Blanco zugeschoben. Die spanische Regie-

